

Wohlers, Eckhardt

Article — Published Version

Tarifkonflikt überschattet konjunkturelle Erholung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (2002) : Tarifkonflikt überschattet konjunkturelle Erholung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 5, pp. 250-251

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41207>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Tarifkonflikt überschattet konjunkturelle Erholung

Die Konjunkturperspektiven haben sich, wie auch das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt, nach der Jahreswende spürbar aufgehellt. Die konjunkturelle Abschwächung ist weitgehend überwunden, und die deutsche Wirtschaft steht am Beginn eines neuen Aufschwungs. Das Geschäftsklima in der Industrie hat sich bereits deutlich verbessert. Der Stimmungsumschwung spiegelt nicht zuletzt ein günstigeres weltwirtschaftliches Umfeld wider. Maßgeblichen Anteil daran hat die Entwicklung in den USA. Dort hat bereits eine Erholung eingesetzt; Unsicherheit herrscht aber noch über die Intensität. Der Aufschwung in den USA wird auch auf andere Regionen ausstrahlen, so dass in der zweiten Hälfte dieses Jahres eine deutliche Erholung der Weltkonjunktur zu erwarten ist. Sie stimuliert nicht nur den deutschen Export; über eine Verbesserung der Erwartungen wirkt sie sich auch positiv auf die Lagerdispositionen und die Investitionsneigung der Unternehmen aus.

Die Erwartung einer konjunkturellen Wende in Deutschland stützt sich neben der Erholung der Weltkonjunktur auch auf die günstigen monetären Rahmenbedingungen. Die Europäische Zentralbank hat im vergangenen Jahr – auch als Reaktion auf die Folgen der Terroranschläge vom 11. September – die geldpolitischen Zügel gelockert und die Leitzinsen merklich gesenkt. Die davon ausgehenden Impulse werden in diesem Jahr mehr und mehr zum Tragen kommen. Zwar ist zu erwarten, dass die EZB mit der Festigung der Konjunktur im Euroraum die Zügel wieder etwas anziehen wird, um damit einhergehenden Inflationsgefahren frühzeitig entgegenzuwirken. Auch dann wird der Kurs der Geldpolitik aber noch nicht restriktiv sein.

Nach Einschätzung der Institute wird sich in Deutschland in der zweiten Jahreshälfte ein kräftiger Aufschwung herausbilden. Im kommenden Jahr dürfte die Dynamik zwar wieder etwas nachlassen; die Gründe dafür sind eine ruhigere Gangart der Weltkonjunktur, abklingende Impulse von der Geldpolitik und eine Verschärfung des Konsolidierungskurses in Deutschland. Gleichwohl werden Nachfrage und Produktion auch 2003 deutlich aufwärts gerichtet sein. So erwarten die Institute für das kommende Jahr einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,4%. Für 2002 prognostizieren sie zwar nur ein Wachstum um 0,9%; die relativ geringe Zuwachsrate ist aber in erster Linie auf den niedrigen Ausgangsstand zu Jahresbeginn zurückzuführen. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die konjunkturelle Erholung wie üblich erst mit Verzögerung niederschlagen. Hier wird es erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu einer Wende kommen. Deshalb dürfte die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt dieses Jahres auf knapp 4 Mill. steigen; erst 2003 ist mit wieder sinkenden Arbeitslosenzahlen zu rechnen.

Der allenthalben festzustellende Optimismus darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weiterhin nicht unerhebliche Risiken für die Konjunktur gibt. Ein Unsicherheitsfaktor ist die Situation im Nahen Osten. Eine Eskalation des Nahost-Konfliktes könnte einen neuen Ölpreisschock auslösen, der die Erholung der Weltwirtschaft und damit auch der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen würde. Ein weiteres Risiko bildet die außenwirtschaftliche Lage der USA. So wird sich durch den Vorlauf der amerikanischen Wirtschaft das ohnehin schon hohe Defizit in der amerikanischen Leistungsbilanz weiter erhöhen. Sollte dessen Finanzierung aufgrund einer geänderten Risikoeinschätzung an den internationa-



Eckhardt Wohlers

len Finanzmärkten auf Schwierigkeiten stoßen, könnte der Dollar massiv unter Druck geraten. Auch das hätte dämpfende Effekte für die Weltwirtschaft zur Folge.

Doch es gibt auch „hausgemachte“ Risiken. Ein solches ist gegenwärtig zweifellos die Lohnpolitik. Die Institute sind in ihrem Frühjahrsgutachten davon ausgegangen, dass die Lohnentwicklung trotz der hohen Lohnforderungen, mit denen die Gewerkschaften die neue Tarifrunde eingeläutet hatten, letztlich doch moderat bleiben werde. Sie haben deshalb für dieses und für das nächste Jahr - im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt - Tariflohnsteigerungen von knapp bzw. reichlich 2½% unterstellt. Der erste Abschluss in der Chemie von 3,6%, der erst unmittelbar nach Abschluss des Frühjahrsgutachtens bekannt wurde, hätte diese Annahme zwar noch nicht obsolet werden lassen. Nun hat aber der Abschluss bei Metall, der Lohnerhöhungen um 4% ab Juni 2002 und um weitere 3,1% ab Juni 2003 - sowie den mit nicht unbeträchtlichen Kosten verbundenen Einstieg in einen einheitlichen Entgelttarif für Arbeiter und Angestellte - vorsieht, die Messlatte noch höher gelegt. Würden diese Abschlüsse zur Richtschnur für die nachfolgenden Bereiche, wäre endgültig ein Kurswechsel in der Lohnpolitik zu konstatieren, die Zeit moderater Lohnsteigerungen wäre erst einmal passé.

Tariflohnsteigerungen von deutlich über 3% im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wären schwerlich noch als beschäftigungskonform einzustufen. Sie würden die Bereitschaft der Unternehmen zu Neueinstellungen dämpfen und die Investitionsneigung belasten; zudem würde das Preisklima rauher. Auch würde eine deutliche Beschleunigung des Lohnauftriebs in einem so gewichtigen Land wie der Bundesrepublik sicherlich von der EZB als Gefahr für die Preisentwicklung im Euroraum interpretiert werden; Befürchtungen in dieser Richtung sind bereits geäußert worden. Deshalb wäre eine Reaktion der Geldpolitik - so etwa eine raschere oder stärkere Straffung der Zügel als bisher angenommen - nicht auszuschließen.

Eine Kehrtwende in der Lohnpolitik würde trotz zunächst höherer Lohnsteuereinnahmen auch den Finanzminister in Bedrängnis bringen. Um eine haushaltspolitische „Frühwarnung“ von Seiten der EU zu vermeiden, hat sich die Bundesregierung noch einmal verpflichtet, das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit bis zum Jahre 2004 - und das Defizit des Bundes bis 2006 - auf „nahezu null“ zurückzuführen. Dass es ihr offensichtlich ernst damit ist, zeigt auch der Beschluss des Finanzplanungsrates, den Anstieg der Staatsausgaben in den beiden kommenden Jahren eng zu begrenzen. Allein mit Einsparungen im Haushaltsvollzug ist das angestrebte Ziel nicht zu erreichen, es sind darüber hinaus erhebliche zusätzliche Einsparungen auf der Ausgabenseite notwendig. Nach Berechnungen der Institute müsste im Jahre 2003 zusätzlich ein Sparpaket in einer Größenordnung von rund 8 Mrd. Euro aufgelegt werden, im Jahre 2004 ein weiteres in gleichem Umfang.

Um den Konsolidierungskurs nicht zu gefährden, sind weiterhin moderate Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst notwendig. Sie sind aber umso schwerer zu erreichen, je mehr die Löhne im privatwirtschaftlichen Bereich davonziehen. Droht das Defizitziel wegen hoher Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst verfehlt zu werden, wird der Staat sicherlich den Abbau von Arbeitsplätzen forcieren. Da dies kurzfristig nur begrenzt möglich ist, ist zu befürchten, dass zudem insbesondere bei Ländern und Gemeinden notwendige Investitionen auf der Strecke bleiben. Angesichts der von der jetzigen Regierung eingegangenen Verpflichtung zur raschen Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits, die auch künftige Regierungen bindet, besteht im Übrigen auch kein Spielraum für „Wahlgeschenke“. Neue Maßnahmen etwa im Bereich der Familienpolitik müssten deshalb durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden.